

JUN
24

Bildung ist Ländersache!
Forderungspapier zur
Landtagswahl

LANDESSCHÜLERRAT
SACHSEN

Präambel

Bildung ist Ländersache! Anlässlich der anstehenden Landtagswahl im September stellt der LandesSchülerRat Sachsen Forderungen an den neuen Landtag und die neu zu bildende Landesregierung auf. Jener ist die gesetzlich legitimierte Interessensvertretung aller sächsischen Schüler*innen.

In Schulen soll die Grundlage für das Leben in der Gesellschaft gelegt werden, doch das jetzige Bildungssystem bereitet die Schüler*innen in vielen Lebensbereichen, die in den folgenden Jahren besonders entscheidend werden, nicht ausreichend vor. Der zunehmende Leistungsdruck, die mangelhafte Digitalisierung, der Lehrkräftemangel und weitere Probleme stellen die Schulen täglich vor Herausforderungen.

Die Notwendigkeit für Veränderungen im Bildungssystem haben die meisten an Schule beteiligten Akteur*innen bereits erkannt. Im Projekt 'Bildungsland 2030' hat das Sächsische Staatsministerium für Kultus einen Grundbaustein für mögliche Veränderungen gelegt. Für ein zukunftsfähiges Bildungssystem, in dem Schüler*innen Inhalte vermittelt bekommen, die für das spätere Leben wichtig sind, braucht es jedoch weitreichendere Maßnahmen, die das Bildungssystem revolutionieren. Dabei müssen die Interessen der Schüler*innen berücksichtigt werden, da diese täglich mit den aktuellen Problemen im Bildungssystem konfrontiert sind.



Inhaltsverzeichnis

Bildungs- und Chancengerechtigkeit.....4

- › Inklusive Schulen schaffen
- › Nachteilsausgleiche ausweiten
- › Echte Lernmittelfreiheit einführen

Wohlbefinden in Schule.....7

- › Schulsozialarbeit und Schulpsychologie
- › Mentale Gesundheit der Schüler*innen sicherstellen

Unterricht.....9

- › Politische Bildung ausbauen
- › Queere Bildung in die Schulen
- › Bildung für nachhaltige Entwicklung ausbauen
- › Zeitgemäße Bildungsziele - Fokus auf Kompetenzen
- › Mit Plan fürs Leben - Berufs- und Studienorientierung
- › Kreativität vs. Leistung - Kunst und Musik neu denken
- › Ethik und Religion zeitgemäß gestalten

Schulalltag.....14

- › Digitalisierung auch in der Schule
- › Kein Formeldokument - ein Tafelwerk
- › Ein Ticket für sachsenweite Bildung
- › Schulessen
- › Schulen demokratisieren

System.....17

- › Kopfnoten abschaffen
- › Klassengröße senken
- › 'Bildungsland 2030' verwirklichen

Bildungs- und Chancengerechtigkeit

Inklusive Schulen schaffen

Schulen müssen ein gemeinsamer Lernort für alle sein! - Deshalb fordert der LandesSchülerRat Sachsen die inklusive Gestaltung aller sächsischen Schulen.

Sächsische Schulen sind nicht barrierefrei. Sowohl baulich als auch bei Unterrichtsmaterialien und den Prüfungsformaten sind die Schulen nicht inklusiv gestaltet. Die Lehrkräfte haben nicht die Möglichkeit, auf einheitlich vorbereitete, barrierearm gestaltete Materialien zurückzugreifen. Die notwendigen Hilfsmittel gehören nicht zur regulären Ausstattung der meisten Schulen.

Das Ziel von Bildung muss es sein, dass alle Schüler*innen die Möglichkeit erhalten, ihren gewünschten Schulabschluss zu absolvieren. Auf Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention muss ein inklusives sächsisches Bildungssystem geschaffen werden, was die Schüler*innen individuell unterstützt.

Wir fordern den 8. Sächsischen Landtag und die neue Staatsregierung auf:

- › den Übergang zwischen den verschiedenen Schularten flüssiger zu gestalten und die Schüler*innen in den Regelschulbetrieb zu integrieren.
- › die inklusive bauliche Gestaltung aller Schulen finanziell zu unterstützen.
- › für die Umsetzung von Inklusion an den Schulen ent-

sprechende Beratungs- und Unterstützungsangebote zu schaffen.

- › ausreichend Lehrkräfte für den inklusiven Unterricht einzustellen. Dabei müssen Klassen mit inklusiv zu beschulenden Schüler*innen von einer zusätzlichen Lehrkraft mit unterrichtet werden.
- › barrierearm gestaltete Unterrichtsmaterialien allen Lehrkräften zur Verfügung zu stellen. Zudem muss die Anschaffung entsprechender barrierefreier Hilfsmittel finanziell unterstützt werden.

Nachteilsausgleiche ausweiten

Nachteilsausgleiche ermöglichen vergleichbare und faire Bewertungen und Prüfungssituationen für Schüler*innen mit Lernschwächen. Die bisherigen Regelungen für Nachteilsausgleiche gelten ausschließlich für Legasthenie. Dyskalkulie wird bisher nicht als Lernschwäche anerkannt. Die pandemiebedingten Nachteilsausgleiche in Abschlussprüfungen sind weggefallen. - Deshalb fordert der LandesSchülerRat Sachsen die Ausweitung von Nachteilsausgleichen.

Lernschwächen, sowohl Legasthenie als auch Dyskalkulie, müssen durch Nachteilsausgleiche für faire Bewertungen beachtet werden. Die pandemiebedingten Einschnitte in den Lernprozess haben sich nicht nur auf die damaligen

Abschlussjahrgänge ausgewirkt. Alle Schüler*innen, die zur Zeit der Pandemie eine Schule besuchten, waren von Schulschließungen und Unterrichtsausfall betroffen. Daher müssen auch zukünftig für vergleichbare Abschlussprüfungen Nachteilsausgleiche ermöglicht werden.

Wir fordern den 8. Sächsischen Landtag und die neue Staatsregierung auf:

- › die Anerkennung von Lernschwächen zu vereinfachen.
- › Dyskalkulie als Lernschwäche anzuerkennen und dementsprechende Nachteilsausgleiche zu ermöglichen.
- › allen Schüler*innen entsprechend ihrer Lernschwächen Übungsmaterial zur Verfügung zu stellen.
- › in der Lehrkräfteausbildung und durch Fortbildungsangebote Lehrkräfte für die Erkennung von Lernschwächen zu sensibilisieren.
- › anhand von regelmäßigen Statusumfragen Beeinträchtigungen des Lernstandes der Schüler*innen durch die Folgen der Pandemie festzustellen und entsprechende Nachteilsausgleiche, vergleichbar mit denen der letzten Abschlussjahrgänge, für vergleichbare Ergebnisse zu erlassen.

Echte Lernmittelfreiheit einführen

Bildung muss von der privaten finanziellen Situation unabhängig sein! - Deshalb fordert der LandesSchülerRat Sachsen die konsequente Umsetzung der Lernmittelfreiheit.

Damit Bildung vom finanziellen Hintergrund der Schüler*innen unabhängiger wird, braucht es weitreichendere Maßnahmen, als die Bereitstellung von Lehrbüchern. Für die schulische Bildung, wie sie die Lehrpläne vorsehen, brauchen die Schüler*innen weitere Materialien, deren Beschaffung in der Verantwortung der Eltern bzw. der volljährigen Schüler*innen liegt. Darüber hinaus sind auch ein- und mehrtägige Bildungsfahrten in der finanziellen Belastung der Eltern bzw. der volljährigen Schüler*innen.

Wir fordern den 8. Sächsischen Landtag und die neue Staatsregierung auf:

- › die Lernmittelfreiheit auszuweiten. Lektüren, Verbrauchsmittel und eintägige Bildungsfahrten müssen durch die Schulträger finanziert werden. Der Freistaat Sachsen muss die Schulträger dabei finanziell unterstützen.
- › für Familien mit schwächeren finanziellen Hintergrund ein Förderprogramm für mehrtägige und preisintensive Veranstaltungen zu schaffen. Die Beantragung dieser Mittel muss unbürokratisch möglich sein.

Wohlbefinden in Schule

Schulsozialarbeit und Schulpsychologie

Die Schüler*innen stehen in ihrem Schulalltag vor vielfältigen Herausforderungen. An vielen Schulen fehlen Ansprechpersonen für diese Probleme. - Deshalb fordert der LandesSchülerRat Sachsen den Ausbau von Schulsozialarbeit und Schulpsychologie!

Schulsozialarbeiter*innen sind als ausgebildete Fachkräfte eine wichtige Unterstützung für die Lehrkräfte im Schulalltag und eine unerlässliche Anlaufstelle für Schüler*innen bei individuellen Problemen. Die Schulsozialarbeit muss durch Schulpsycholog*innen unterstützt werden. Zusätzlich sollten auch vermehrt Streetworker*innen für Präventionsveranstaltungen in Schulen geförderte Projekte anbieten.

An Oberschulen gibt es bereits einen Rechtsanspruch auf Schulsozialarbeit. Der Einsatz von zusätzlichen Ansprechpersonen, die keine Lehrkräfte sind, ist jedoch an allen Schulformen notwendig.

Um diese Stellen zu garantieren, muss die Finanzierung hauptverantwortlich vom Freistaat Sachsen durch Förderungen übernommen werden.

Wir fordern den 8. Sächsischen Landtag und die neue Staatsregierung auf:

- › für alle Schulen einen verbindlichen Rechtsanspruch für Schulsozialarbeit zu schaffen. Dabei muss für 300 Schüler*innen eine Vollzeitstelle eingerichtet werden.
- › durch Landesmittel die Schulsozialarbeit an allen Schulen finanziell abzusichern.
- › die Schulpsychologie als feste Ansprechpersonen im Schulalltag zu etablieren. Ein*e Schulpsycholog*in muss dabei an den Schulen Sprechzeiten anbieten und sollte nicht mehr als 5 Schulen gleichzeitig betreuen.

Mentale Gesundheit der Schüler*innen sicherstellen

Die Leistungsanforderungen an die Schüler*innen und damit verbunden auch der Leistungsdruck haben zugenommen. Dadurch schafft das sächsische Bildungssystem mentale Belastungen für die Schüler*innen. Parallel dazu werden Themen wie mentale Gesundheit oder psychische Probleme im Schulalltag nur als Randthemen behandelt. - Deshalb fordert der LandesSchülerRat Sachsen die Thematisierung von mentaler Gesundheit im Schulalltag!

Die Schulbildung legt die

Grundlage für das gesamte Leben und muss daher die Schüler*innen auch auf mögliche Herausforderungen vorbereiten. Dazu soll im Unterricht fächerübergreifend die Kompetenz 'Glück' vermittelt werden. Durch die Thematisierung von Bewältigungsmethoden erlernen die Schüler*innen wichtige Kompetenzen für das gesamte Leben.

Wir fordern den 8. Sächsischen Landtag und die neue Staatsregierung auf:

- › mentale Gesundheit als Querschnittsthema in den Lehrplänen zu verankern. Dabei müssen Bewältigungsmethoden für mentale Herausforderungen und psychische Erkrankungen mit ihren Erkennungsmerkmalen vermittelt werden.
- › externe Präventionsangebote zur mentalen Gesundheit für Schüler*innen zu fördern.
- › in der Lehrkräfteausbildung und durch Fortbildungsangebote Lehrkräfte für das Thema der mentalen Gesundheit der Schüler*innen zu sensibilisieren.

Unterricht

Politische Bildung ausbauen

Im Bereich der politischen Bildung werden die Grundlagen für das gesellschaftliche Zusammenleben gelegt. - Deshalb fordert der LandesSchülerRat Sachsen die Vermittlung von politischer Bildung als Querschnittsthema im Unterricht.

Das Ziel der politischen Bildung muss es sein, dass allen Schüler*innen niedrigschwellig die Funktionsweisen der Demokratie nähergebracht werden. Dafür müssen die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer stärker miteinander verknüpft werden. Die Verankerung der politischen Bildung muss im GK-/GRW-Unterricht liegen. Vor allem der Geschichtsunterricht muss historische Kontexte mehr in die Bewertung aktueller Herausforderungen einbezogen werden.

Entscheidend für das praktische Erlernen der politischen Bildung sind außerunterrichtliche Angebote an allen Schulen anzubieten. Durch die Besuche von Gedenkstätten werden die Schüler*innen für historische Kontexte sensibilisiert und durch Parlamentsbesuche werden niedrigschwellige Einblicke in die aktuelle Politik ermöglicht. Zusätzlich muss die Teilnahme an Jugendwahlen an allen Schulen ausgebaut werden, um sich bereits frühzeitig mit dem Parteien- und Wahlsystem auseinanderzusetzen.

Außerdem sollen die Schüler*innen durch die Übernahme von Verantwortung als 'Service Learning' zum gesellschaftlichen Engagement hingeführt werden.

Wir fordern den 8. Sächsischen Landtag und die neue Staatsregierung auf:

- › politische Bildung als Querschnittsthema in den Lehrplänen zu verankern. Dabei müssen die Zusammenhänge von historischen Ereignissen, gesellschaftlichen Entwicklungen und der aktuellen politischen Situation betrachtet werden.
- › durch die Bereitstellung von Fördermitteln die Finanzierung von politischen Exkursionen sachsenweit abzusichern.
- › in der Lehrkräfteausbildung und durch Fortbildungsangebote Lehrkräfte die fächerübergreifenden Möglichkeiten von politischer Bildung aufzuzeigen.

Queere Bildung in die Schulen

Schule ist der wichtigste Ort der jugendlichen Sozialisation und Wertebildung. In den Schulen muss ein gelungener Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt realisiert werden. - Deshalb fordert der LandesSchülerRat Sachsen die Vermittlung queerer Bildung als Querschnittsthema im Unterricht.

Mobbing und Diskriminierung aufgrund der sexuellen und geschlechtlichen Identität sind

Probleme, die viele queere Schüler*innen im Schulalltag erleben. Im Unterricht wird Queerness vernachlässigt, dabei braucht es eine fächerübergreifende Beschäftigung mit diesem Thema und die Einbindung externer Partner*innen. Die Finanzierung von externen Partner*innen muss langfristig sichergestellt werden.

Auch die Strukturen in den Schulen müssen angepasst werden. Im Landesbaurecht müssen All-Gender-Toiletten und -Umkleiden berücksichtigt werden.

Das Verbot der Gendersprache durch das SMK durch eingeschobene Sonderzeichen muss revidiert werden.

Wir fordern den 8. Sächsischen Landtag und die neue Staatsregierung auf:

- › queere Bildung als Querschnittsthema in den Lehrplänen zu verankern. Dabei muss die Zusammenarbeit mit externen Partner*innen angestrebt werden. Durch die Bereitstellung von Fördermitteln müssen solche externen Angebote finanziell abgesichert werden.
- › das Landesbaurecht in Bezug auf All-Gender-Toiletten und -Umkleiden an allen Schulen anzupassen.
- › das Verbot der Gendersprache in den Schulen zu revidieren.
- › in der Lehrkräfteausbildung und durch Fortbildungsangebote Lehrkräfte für das Thema queere Bildung zu sensibilisieren und die fächerübergreifenden Möglichkeiten von queerer Bildung aufzuzeigen.

Bildung für nachhaltige Entwicklung ausbauen

Durch die Bildung für nachhaltige Entwicklung werden die Schüler*innen zu einem zukunftsfähigen Denken und Handeln erzogen. Die Ziele von BNE richten sich dabei nach den 17 globalen Nachhaltigkeitszielen. Im Rahmen von BNE erlernen die Schüler*innen Kompetenzen und Wissen, das für den gesellschaftlichen Diskurs und die Lösung aktueller Probleme relevant ist. - Deshalb fordert der LandesSchülerRat Sachsen den Ausbau von BNE an allen sächsischen Schulen.

Damit man alle Bereiche von BNE im Schulalltag angemessen behandeln kann, braucht es einen höheren Fokus auf BNE in den Lehrplänen. Bei der Lehrplangestaltung müssen die vielen unterschiedlichen Aspekte von BNE stärker beachtet werden. Die Kompetenzen, das eigene Handeln zu bewerten und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen, müssen dabei mehr Aufmerksamkeit erhalten.

Wir fordern den 8. Sächsischen Landtag und die neue Staatsregierung auf:

- › BNE als Querschnittsthema in den Lehrplänen zu verankern. Dabei müssen in allen Schulfächern die Anhaltspunkte für BNE genutzt werden. Unterrichtsmaterialien müssen weiterhin leicht zugänglich zur Verfügung stehen und regelmäßig

- › aktualisiert werden.
- › die Herausforderungen des Klimawandels mit den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Komponenten fächerübergreifend in den Lehrplänen zu verankern.
- › das Projekt 'Klimaschule' weiterführen. Die Schulen sollen bei der Umsetzung besser unterstützt werden.
- › Schule zu einem Ort der nachhaltigen und gerechten Bildung machen, orientiert an der UN-Kinderrechtskonvention. Dabei muss auf Chancengleichheit, Inklusion, gesundes Lernen und ein angenehmes sowie umweltfreundliches Lernumfeld geachtet werden.
- › in der Lehrkräfteausbildung und durch Fortbildungsangebote Lehrkräfte die vielseitigen Komponenten von BNE und die fächerübergreifenden Möglichkeiten von BNE aufzuzeigen.

Zeitgemäße Bildungsziele - Fokus auf Kompetenzen

Die zunehmend digitalisierte Welt und die Möglichkeiten des Internets erwarten in der Arbeitswelt andere Kompetenzen. Die vertiefte Thematisierung von Lernmethoden, der Nutzung von unterschiedlichen Medien zum Lernen und der Möglichkeiten zur Selbstorganisation fehlt im Unterricht. - Deshalb fordert der LandesSchülerRat Sachsen einen stärkeren Fokus auf

die Vermittlung von Kompetenzen zu legen.

Kompetenzvermittlung ist zurzeit eine fächerübergreifende Aufgabe. In der Realität stellt man jedoch fest, dass wichtige Kompetenzen, wie die Medienkompetenz, dabei vernachlässigt werden.

Es soll flächendeckend an allen Schulen das Fach 'Lernen lernen' eingeführt werden. In diesem Zeitrahmen müssen die Schüler*innen vielseitige Kompetenzen und Lernmethoden erlernen.

Von allen Schüler*innen werden gute schulische Leistungen erwartet. Trotzdem treffen in einer Klasse unterschiedliche Lerntypen und verschiedene Menschen aufeinander. Die Schüler*innen müssen durch die intensive Thematisierung des Lernens die Möglichkeit erhalten, sich bei schulischen Aufgaben eigenständig bestmöglich zurechtzufinden.

Wir fordern den 8. Sächsischen Landtag und die neue Staatsregierung auf:

- › sich in der Lehrplangestaltung stärker um die Ausbildung von Kompetenzen zum Wissenserwerb und zur Problemlösung zu konzentrieren.
- › flächendeckend an allen sächsischen weiterführenden Schulen von der 5. bis zur 8. Klasse das Fach 'Lernen lernen' einzuführen. Darin müssen alle Schüler*innen ein nachhaltiges Lernen, vielseitige Kompetenzen und verschiedene Lernmethoden gelehrt bekommen. Der Umfang sollte 90 Minuten pro Monat be-

tragen.

Mit Plan fürs Leben - Berufs- und Studienorientierung

Grundlegend muss die schulische Bildung aufs spätere Leben vorbereiten. Dafür sind berufliche Ziele und Möglichkeiten ein entscheidender Teil für die Zukunftsperspektive der Schüler*innen. - Deshalb fordert der LandesSchülerRat Sachsen den stärkeren Ausbau von Berufs- und Studienorientierung.

In der Schule müssen die Schüler*innen die Möglichkeiten des späteren Berufslebens aufgezeigt bekommen. Außerdem muss der Übergang ins Berufsleben gut gestaltet werden. Dazu braucht es Ansprechpersonen, die Schüler*innen bei individuellen Fragen beraten können. Zudem müssen Anreize für Schulen gesetzt werden, damit die Angebote der Berufs- und Studienorientierung an den einzelnen Schulen ausgebaut und optimiert werden.

Wir fordern den 8. Sächsischen Landtag und die neue Staatsregierung auf:

- › das Fach WTH an der Oberschule weiter zu stärken. Innerhalb des Faches muss der inhaltliche Schwerpunkt in allen

Klassenstufen stärker auf praxisorientierter Berufsorientierung liegen. Am Gymnasium braucht es eine Verankerung von Berufsorientierung in der Studentafel – durch thematisch entsprechend gestaltete Unterrichtsinhalte, die z.B. in Form von Projekttagen oder -stunden. Die entsprechende Unterrichtszeit soll von allen Fächern gleichermaßen aufgebracht werden.

- › das Netzwerk der Praxisberater*innen auszubauen. Perspektivisch soll jede Schule Zugang zu einem Praxisberater*innen, finanziert aus Landesmitteln, haben.
- › das 'Qualitätssiegel Berufliche Orientierung' finanziell zu unterlegen. Mit der Verleihung des Siegels soll künftig eine jährliche Förderung in Höhe von 1000 € für jede Inhaberschule sowie eine einmalige Prämie von 500 € für die Erstverleihung ausgezahlt werden.

Kreativität vs. Leistung - Kunst und Musik neu denken

Zu oft wird der Kunst- und Musikunterricht als zweitrangig betrachtet. Für die Schüler*innen sind die kreativen Fächer ein wichtiger Teil des Schulunterrichts, um sich zu entfalten und

Begabungen zu fördern. Dabei muss dieser Unterricht praktischer werden. - Deshalb fordert der LandesSchülerRat Sachsen Veränderungen im Kunst- und Musikunterricht.

Die Aufteilung von einem theoretischen und praktischen Teil in den kreativen Fächern ist notwendig. Dabei muss aber bei der Vermittlung von theoretischen Inhalten ein höherer Fokus auf die praktische Anwendung bzw. das praktische Erlernen dieser gelegt werden.

Außerdem müssen die Kunst- und Musiklehrpläne mehr aufeinander abgestimmt werden, um ähnliche Inhalte zeitgleich zu vermitteln.

Die bisher fehlenden Freiräume sollen mit 6 Unterrichtsstunden pro Schulhalbjahr als individuelle Lern- und Arbeitszeit verankert werden. Dabei sollen die Schüler*innen mit den Möglichkeiten der Fachkabinette kreative Projekte umsetzen.

Wir fordern den 8. Sächsischen Landtag und die neue Staatsregierung auf:

- › die Kunst- und Musiklehrpläne aufeinander abzustimmen und einen höheren Fokus auf die praktische Vermittlung zu legen. Zudem müssen pro Schulhalbjahr 6 Unterrichtsstunden für die Umsetzung individueller kreativer Projekte geplant werden.

Ethik und Religion zeitgemäß gestalten

Moral und Glaube sind wichtige Teile des gesellschaftlichen Zusammenlebens. In den letzten Jahren ist die Anzahl Kirchenmitglieder weiter gesunken. Gleichzeitig unterhalten die evangelischen und katholischen Kirchen zahlreiche konfessionell geprägte Schulen, welche als freie Schulen Lernen und Leben deutlich vertiefter nach dem Leitbild der jeweiligen Konfession gestalten können. - Deshalb fordert der LandesSchülerRat Sachsen zeitgemäße Veränderungen für den Religions- und Ethikunterricht.

Bis Klassenstufe 8 sollte ein gemeinsames Schulfach anstatt des Ethik- und Religionsunterrichts unterrichtet werden. Das Unterrichtsfach 'Moral- und Glaubenskunde' soll eine Wissensgrundlage zu den Themen beider Fächer, auch zu den Glaubensinhalten der großen Weltreligionen, gelegt werden.

Ab der 9. Klasse sollen die Schüler*innen eigenständig entscheiden, ob sie am Ethikunterricht (Vertiefung des Wissens zu philosophisch-humanistischen Fragen) oder am Religionsunterricht (Vertiefung des Wissens zu religiösen bzw. theologischen Fragestellungen, im Speziellen zur

eigenen Glaubensrichtung) teilnehmen wollen.

Wir fordern den 8. Sächsischen Landtag und die neue Staatsregierung auf:

- › das Unterrichtsfach 'Moral- und Glaubenskunde' bis zur 8. Klasse an allen sächsischen Schulen zu etablieren.
- › sich für möglicherweise notwendige Veränderungen in der Sächsischen Verfassung
- › und/oder des Grundgesetzes einzusetzen.

Schulalltag

Digitalisierung auch in der Schule

Die Digitalisierung ist gesellschaftliche Realität. Die Digitalisierung in der Schule macht jedoch nur langsame Fortschritte. - Deshalb fordert der LandesSchülerRat Sachsen die Digitalisierung an allen sächsischen Schulen.

Für die schulische Digitalisierung müssen infrastrukturelle Grundlagen geschaffen werden. Jede Schule muss über eine stabile Internetanbindung verfügen. Zudem müssen die Schüler*innen, die digital im Unterricht mitarbeiten wollen, vom Freistaat Sachsen ein digitales Endgerät bereitgestellt bekommen.

Die Lehrkräfte müssen im Rahmen der Ausbildung oder durch Fortbildungen auf die Nutzung digitaler Medien im schulischen Kontext entsprechend geschult werden. Um Lehrkräfte zu entlasten, braucht es für den IT-Support im Schulalltag zusätzliches Fachpersonal.

Die Kapazitäten und Möglichkeiten der Plattform LernSax müssen außerdem ausgebaut werden, um diese im Unterricht zu nutzen.

Wir fordern den 8. Sächsischen Landtag und die neue Staatsregierung auf:

- › durch Fördermittel alle Schüler*innen die Möglichkeit eines digitalen Endgeräts für die Mitarbeit im Unterricht zu geben.
- › die Kapazitäten und Mög-

lichkeiten der Plattform LernSax auszubauen. Bei der Erweiterung der Möglichkeiten müssen die Wünsche von Lehrkräften und Schüler*innen mit einbezogen werden.

- › in der Lehrkräfteausbildung und durch Fortbildungsangebote Lehrkräfte für digitalisierten Unterricht zu schulen. Im Schulalltag muss eine IT-Administrationsstelle durch den Freistaat Sachsen bereitgestellt werden.

Kein Formeldokument - ein Tafelwerk

Tafelwerke gehören für viele Schüler*innen zu den alltäglichen Arbeitsmaterialien. Das geplante Formeldokument, das die Tafelwerke ersetzen soll, ist kein gleichwertiger Ersatz für Tafelwerke. - Deshalb fordert der LandesSchülerRat Sachsen die Bereitstellung eines einheitlichen OER-Tafelwerks.

Das Tafelwerk soll als druckfähige PDF-Version, die durch die Schulträger den Schüler*innen bereitgestellt wird und eine Webanwendung umfassen, die mit der dynamischen Lehrplandatenbank vergleichbar ist.

Wir fordern den 8. Sächsischen Landtag und die neue Staatsregierung auf:

- › ein sachsenweit einheitliches Tafelwerk als OER bereitzustellen, welches eine druckfähige PDF-Version und eine Webanwendung

umfasst. In gedruckter Form muss dieses als zugelassenes Hilfsmittel für Abschlussprüfungen erlaubt sein.

Ein Ticket für sachsenweite Bildung

Bildung macht nicht an den Grenzen der Verkehrsverbunde halt! - Deshalb fordert der LandesSchülerRat Sachsen die sachsenweite Ausweitung des Bildungstickets!

Viele Schüler*innen sind auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Durch die Schaffung des Bildungstickets hat die aktuelle Staatsregierung die Ticketoptionen für Schüler*innen verbessert. Für Schüler*innen, die in anderen Verkehrsverbänden wohnen, als sie zur Schule gehen, löst der aktuelle Umfang des Bildungstickets jedoch diese Probleme nicht. Darüber hinaus brauchen Schüler*innen, die anderweitige Bildungsangebote außerhalb ihres Verkehrsverbundes nutzen wollen, ebenfalls zusätzliche Tickets.

Wir fordern den 8. Sächsischen Landtag und die neue Staatsregierung auf:

- › das Bildungsticket fortzuführen. Dabei muss der Geltungsbereich auf alle sächsischen Teile der Verkehrsverbunde ausgeweitet werden. Zudem muss eine kostenlose Fahrradmitnahme ermöglicht werden.

Schulessen

Zu einem gesunden Schultag gehört ein gesundes, nahrhaftes und hochwertiges warmes Mittagessen, das sich alle Eltern leisten können! - Deshalb fordert der LandesSchülerRat Sachsen die Subventionierung des SchulesSENS durch den Freistaat Sachsen.

Für die Qualität des SchulesSENS braucht es vom Freistaat Sachsen - ungeachtet der Zuständigkeit der Schulträger - Regelungen und Rahmenbedingungen, um Mindeststandards zu garantieren. Außerdem müssen die Wünsche der Schüler*innen in dem Essensangebot einbezogen werden.

Grundsätzlich darf die Teilnahme am SchulesSEN nicht von dem finanziellen Hintergrund der Schüler*innen abhängig sein. Daher muss das SchulesSEN soweit subventioniert werden, dass es den Schulträgern möglich ist, allen Schüler*innen ein kostenloses und qualitativ hochwertiges SchulesSEN zur Verfügung zu stellen.

Wir fordern den 8. Sächsischen Landtag und die neue Staatsregierung auf:

- › gesetzliche Grundlagen für sachsenweit einheitliche Mindeststandards für die Qualität des SchulesSENS zu schaffen. Dabei müssen sich die Mindeststandards an den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung orientieren. Zusätzlich muss die Einbindung der Schüler*innen in die Angebotsauswahl zur Pflicht werden.
- › die Finanzierung der sach-

senweiten Subventionierung von SchulesSEN sicherzustellen, die es den Schulträgern ermöglicht, an den Schulen ein kostenloses Mittagessen bereitzustellen.

Schulen demokratisieren

Die Schüler*innen verbringen einen entscheidenden Teil ihres Lebens in der Schule. Dabei haben die Schulen die Aufgabe auf das spätere Leben in der Gesellschaft vorzubereiten. Dies umfasst auch die gelebten Werte an den Schulen. - Deshalb fordert der LandesSchülerRat Sachsen die Demokratisierung der Schulstrukturen.

Der Lernort Schule muss dabei mehr als eine Gemeinschaft angesehen werden, die aus allen an Schule beteiligten Akteur*innen besteht. Die politische Bildung soll dabei in den Schulen gelebte Realität werden. Dafür müssen demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten ausgebaut werden.

Entscheidend für eine demokratische Schule ist die Rolle der Schulkonferenz. Diese muss als paritätisch besetztes Gremium aus Lehrkräften, Eltern und Schüler*innen weitere Kompetenzen erhalten und eine zentralere Rolle bei schulischen Entscheidungen einnehmen. Bei der Besetzung der Schulleitung soll die Schulkonferenz nicht nur angehört werden müssen, sondern auch die Kompetenz

erhalten, abschließend in demokratischer Wahl über die Besetzung des*der Schulleiter*in und der Stellvertretung zu entscheiden.

Außerdem muss die Schüler*innenvertretung an den Schulen gestärkt werden. Durch eine funktionierende demokratische Interessenvertretung lernen die Schüler*innen praktisch die Anwendung von demokratischen Prinzipien und Wahlen.

Wir fordern den 8. Sächsischen Landtag und die neue Staatsregierung auf:

- › die Kompetenzen der Gesamtlehrkräftekonferenz auf die Schulkonferenz zu übertragen. Dabei muss die Schulkonferenz initiativ Beschlüsse fassen können. Desweiteren soll die Schulkonferenz auch bei baulichen Fragen und bei der Ausstattung ein Mitspracherecht erhalten.
- › die Wahl des*der Schulleiter*in und der Stellvertretung in der Schulkonferenz zu ermöglichen.
- › die Basisrechte der Schüler*innenvertretung zu stärken. Dabei müssen vorgetragene Anliegen, sowohl Beschwerden als auch Vorschläge, der Schüler*innenvertretung verpflichtend beantwortet und eingeschätzt werden. Zusätzlich muss das LaSuB als eine niedrigschwellige Beschwerdestelle in Bezug auf Verstöße gegen die Rechte der Schüler*innenvertretung einrichten.

System

Kopfnoten abschaffen

Kopfnoten sollen das Sozialverhalten von Schüler*innen bewerten. Dabei werden unterschiedlichste Verhaltensweisen in den Kategorien Betragen, Fleiß, Mitarbeit und Ordnung auf vier Ziffernoten heruntergebrochen. Die Lehrkräfte müssen zwangsläufig eine subjektive Sicht auf die betreffenden Schüler*innen anwenden, um Kopfnoten zu erteilen. - Deshalb fordert der LandesSchülerRat Sachsen die Abschaffung der Kopfnoten.

In der Praxis erfüllen die Kopfnoten nicht das Ziel, eine objektive Aussage über das Sozialverhalten der Schüler*innen zu treffen. Sowohl das Format der Ziffernoten als auch die subjektive Sicht der Lehrkräfte zeigen die begründete Kritik an den Kopfnoten auf. Das Bewusstsein über diese Schwierigkeiten führte bereits dazu, dass auf Abschlusszeugnissen keine Kopfnoten mehr erteilt werden. Wer Aussagen über die Verhaltensweisen anderer treffen möchte, muss dies nachvollziehbar darstellen und begründen.

Wir fordern den 8. Sächsischen Landtag und die neue Staatsregierung auf:

- › die Kopfnoten in jetziger Form abzuschaffen. In den Schulordnungen sind die Kopfnoten durch eine verpflichtend zu verfassende schriftliche Bewertung zu ersetzen.

Klassengröße senken

Eine Klasse als Lerngemeinschaft besteht aus unterschiedlichen Schüler*innen mit verschiedenen Bedürfnissen und Bedarfen. Einer Lehrkraft ist es nicht möglich auf 28 Schüler*innen individuell einzugehen. - Deshalb fordert der LandesSchülerRat Sachsen schrittweise Senkung des Klassenteilers.

Der Anspruch an die Lehrkräfte ist, dass alle Schüler*innen das notwendige Wissen vermittelt bekommen und dabei die notwendige Unterstützung erhalten. Die Realität in unseren Klassenzimmern ist jedoch, dass die individuellen Bedürfnisse der Schüler*innen nur teilweise beachtet werden können. Als langfristiges Ziel müssen die Grundlagen für die Senkung der Klassengröße auf 24 Schüler*innen geschaffen werden.

Wir fordern den 8. Sächsischen Landtag und die neue Staatsregierung auf:

- › alle notwendigen Maßnahmen vorzubereiten und langfristig umzusetzen, um die Klassengröße an allen Schulen auf maximal 24 Schüler*innen zu begrenzen.

'Bildungsland 2030' verwirklichen

Mit dem Projekt Bildungsland 2030 hat das SMK einen An-

stoß für Veränderungen im sächsischen Bildungssystem gegeben. Die geplanten Maßnahmen sind für die zeitgemäße Gestaltung der Bildung wichtig. Um bis 2030 ein wirkliches Bildungsland zu formen, darf der Dialog über notwendige Veränderungen nicht aufhören. - Deshalb fordert der LandesSchülerRat Sachsen die Fortführung des Projekts 'Bildungsland 2030'.

Der Austausch zwischen Expert*innen und in den Bürger*innenforen über Bildung bot die Gelegenheit, sich vielseitig über das sächsische Bildungssystem auszutauschen. Der Dialog zwischen den Akteur*innen, die täglich an Schule beteiligt sind, muss jedoch fortwährend aufrechterhalten werden, um das Bildungssystem fortlaufend den Anforderungen entsprechend zu gestalten. In diesem Rahmen müssen auch weitreichendere Veränderungen im Bildungssystem anvisiert werden.

Wir fordern den 8. Sächsischen Landtag und die neue Staatsregierung auf:

- die Maßnahmen, die im Rahmen des 'Bildungsland 2030' vereinbart wurden, umsetzen.
- › das Projekt 'Bildungsland 2030' als Austauschformat von Akteur*innen, die an Schule beteiligt sind, fortzuführen, um weitreichendere Veränderungen im Bildungssystem zu ermöglichen.

Titel der Publikation:

Bildung ist Ländersache! – Forderungspapier zur Landtagswahl

Der Herausgeber:

LandesSchülerRat Sachsen

Hoyerswerdaer Str. 1

01099 Dresden

Stand:

17. Juni 2024



[instagram.com/lrsachsensachsen](https://www.instagram.com/lrsachsensachsen)



[facebook.com/lrsachsensachsen](https://www.facebook.com/lrsachsensachsen)



twitter.com/lrsachsensachsen



mail@lrs-sachsen.de